

Amtliche Bekanntmachungen



der Technischen Universität Braunschweig

Herausgegeben vom
Präsidenten der TU Braunschweig
Pockelsstraße 14, 3300 Braunschweig
Tel. (0531) 391-4111
Telex: 0952526

Redaktion:
Pressestelle der TU
Dipl.-Kfm. Joachim Hoffmann
Anne-Margret Rietz
Haus-Tel. 4122/4123

VERTEILER TU 1 (2FACH)

NR. 41

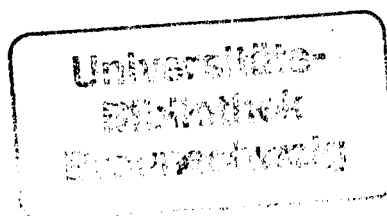
A U S H A N G

10. DEZEMBER 1990

Dienstvereinbarung über die Weiterbildung

Die zwischen der Technischen Universität Braunschweig, vertreten durch den Präsidenten, und dem Gesamtpersonalrat der TU geschlossene Dienstvereinbarung Nr. 10 über die Weiterbildung des Personals gemäß § 75 Abs. 1 Nr. 5 und § 81 des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes sowie § 2 Abs. 4 und § 30 Abs. 6 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes wird hiermit hochschulöffentlich bekanntgemacht.

Die Dienstvereinbarung trat gemäß ihrem § 7 am 17. Oktober 1990 in Kraft.



A 412 300

1668

Dienstvereinbarung

Nr. 10

zwischen der

Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig

vertreten durch den Präsidenten

und dem

Gesamtpersonalrat der Technischen Universität Braunschweig

wird die folgende Dienstvereinbarung über die Weiterbildung des Personals gemäß §§ 75 Abs. 1 Nr. 3 und 81 Nds. PersVG, §§ 2 Abs. 4 und 30 Abs. 6 NHG abgeschlossen.

Präambel

Ziel der Dienstvereinbarung ist es, die berufliche Weiterbildung (Fortbildung) und die allgemeine Weiterbildung der Mitarbeiter/innen der Technischen Universität Braunschweig zu verbessern. Berufliche Weiterbildung ist die Vertiefung und Erweiterung der in der Berufsausbildung erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen.

§ 1

Geltungsbereich

1. Diese Dienstvereinbarung gilt für die Mitarbeiter/innen der Technischen Universität Braunschweig, auf die das Nds. PersVG Anwendung findet.

Protokollnotiz hierzu: Die Dienststelle erklärt, daß sie die Weiterbildungsveranstaltungen im Rahmen des Möglichen auch solchen Personen zugänglich machen wird, die in der Technischen Universität Braunschweig tätig sind, ohne im Landesdienst zu stehen, und die in anderen Behörden tätig sind. Es dürfen hierdurch die unmittelbaren Mitarbeiter/innen der Technischen Universität Braunschweig nicht benachteiligt werden und der Technischen Universität Braunschweig keine Zusatzkosten entstehen.

2. Diese Dienstvereinbarung gilt für alle Weiterbildungsveranstaltungen, die von der Dienststelle oder im Auftrag der Dienststelle durchgeführt werden.

3. Unberührt hiervon bleibt die Teilnahme an Veranstaltungen nach den Vorschriften über Sonder- oder über Bildungsurlaub sowie an auswärtigen Fortbildungsveranstaltungen und an Lehrveranstaltungen der Technischen Universität Braunschweig. Das dienstliche Interesse kann bei letzteren mit dem jeweiligen Vorgesetzten abgeklärt werden.

§ 2

Weiterbildung im dienstlichen Interesse

1. Im dienstlichen Interesse liegt Weiterbildung, die
 - a) zur Erhaltung und Verbesserung der Eignung für den derzeitigen Arbeitsplatz führt,
 - b) die Befähigung für einen anderen Arbeitsplatz im Bereich der Technischen Universität Braunschweig fördert,
 - c) dazu befähigt, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen und dadurch persönliche und gemeinschaftliche Rechte und Pflichten besser wahrzunehmen oder
 - d) von Nutzen bei der Mitarbeit in den Selbstverwaltungsorganen, in den Personalräten oder in der Frauenförderung der Technischen Universität Braunschweig ist.
2. Zeiten der Teilnahme an den Weiterbildungsveranstaltungen nach Abs. 1 gelten als Arbeitszeit.

§ 3

Antragverfahren

1. Der Antrag eines/einer Mitarbeiters/Mitarbeiterin zur Teilnahme an einer Weiterbildungsveranstaltung ist nach Möglichkeit 6 Wochen vor Beginn direkt an die Dienststelle-Zentralstelle für Weiterbildung- zu richten. Zwei Durchschriften erhält die Beschäftigungsstelle (Institut usw.); davon ist eine Durchschrift mit der Stellungnahme des Leiters der Beschäftigungsstelle innerhalb von 10 Tagen der Zentralstelle für Weiterbildung vorzulegen.
2. Die Dienststelle trifft vorbehaltlich des Abs. 3 die Entscheidung über die Teilnahme an der Weiterbildungsveranstaltung. Die Zulassung wird nach Prüfung erteilt, wenn dienstliche Belange oder die Kapazität der Weiterbildungsveranstaltung nicht entgegenstehen.

3. Soll die Teilnahme versagt oder eine Auswahl getroffen werden, bestimmt der Gesamtpersonalrat entsprechend den Vorschriften des Nds. PersVG mit.

§ 4

Arbeitsrechtliche Konsequenzen

1. Über die regelmäßige Teilnahme an den Weiterbildungsveranstaltungen wird ein Nachweis ausgestellt, der auf Wunsch des Teilnehmers/der Teilnehmerin in die Personalakte aufgenommen wird.
2. Die Teilnahme an den Weiterbildungsveranstaltungen begründet zwar keinen rechtlichen Anspruch auf unmittelbare berufliche Vorteile, die Technische Universität Braunschweig wird sich aber bemühen, diese Mitarbeiter/innen so einzusetzen, daß sie ihre erweiterten beruflichen Kenntnisse verwerten können.

§ 5

Durchführung der Weiterbildungsveranstaltungen

1. Der Dienststelle obliegt es, Weiterbildungsveranstaltungen an der Technischen Universität Braunschweig einzuführen und zu koordinieren, die inhaltliche Gestaltung der einzelnen Weiterbildungsmaßnahmen zu regeln und die Lehrkräfte in Zusammenarbeit mit dem Gesamtpersonalrat auszuwählen.
2. Der Gesamtpersonalrat bestimmt bei der Durchführung der Weiterbildungsveranstaltungen gemäß § 75 Abs. 1 Nr. 5 Nds. PersVG mit.
3. Die Dienststelle hat die personellen, räumlichen und sachlichen Voraussetzungen der Weiterbildung zu schaffen und die Kosten nach Maßgabe der im Haushaltsplan dafür zur Verfügung stehenden Mittel zu tragen. Die Dienststelle wird darum bemüht sein, daß die erforderlichen Mittel in ausreichendem Maße in den Haushaltsplan eingebracht werden.
4. Die organisatorische Abwicklung der Weiterbildungsveranstaltungen wird der Zentralstelle für Weiterbildung (§ 109 NHG) übertragen.

§ 6

Gemeinsame Kommission

Es wird eine Kommission eingesetzt, in die die Dienststelle und der Gesamtpersonalrat je zwei Mitglieder entsenden können. Die Kommission führt die vorbereitenden Gespräche zur Durchführung der Weiterbildungsveranstaltungen. Weiterhin soll die Kommission in Fällen des § 3 Abs. 3 eine einvernehmliche Regelung vorbereiten und die Dienststelle bei der Auswahl der Lehrkräfte beraten.

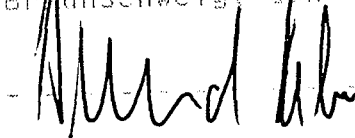
§ 7

Inkrafttreten

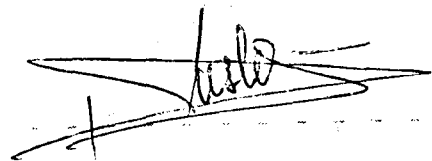
1. Die Dienstvereinbarung tritt mit der Unterzeichnung durch den Präsidenten und den Gesamtpersonalrat in Kraft. Sie wird durch Aushang, Rundschreiben und im Mitteilungsblatt der Technischen Universität Braunschweig, TU-aktuell, bekanntgegeben.
2. Die Dienstvereinbarung läuft auf unbestimmte Zeit. Sie kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Monaten jeweils zum 31.12. des laufenden Jahres gekündigt oder durch Abschluß einer neuen Dienstvereinbarung ersetzt werden; eine Kündigung ist frühestens zum 31.12.1991 möglich. Die Dienstvereinbarung kann jederzeit einvernehmlich geändert werden.

Braunschweig, den

17.10.1990



Der Präsident
der Technischen Universität
Carolo-Wilhelmina
zu Braunschweig



Der Gesamtpersonalrat
der Technischen Universität
Carolo-Wilhelmina
zu Braunschweig